„Und täglich grüßt das Murmeltier“

Gesundheitsminister fordern Bürokratieabbau – Zahnärzte (ver-)zweifeln

Einer Umfrage der KZVB zufolge (s. BZB 5/2025) ist die Bürokratiebelastung der Hauptgrund dafür, dass sich immer weniger junge Zahnärztinnen und Zahnärzte für die Niederlassung entscheiden. Bundesweit wächst der Druck auf Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU), bei der Entbürokratisierung vor allem auch in der ambulanten Versorgung endlich „in die Pötte zu kommen“.

© Chris – stock.adobe.com

„In Deutschland haben wir kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem“ – dieser Satz gehört nicht nur in der Berliner Polit-Blase zum Standard-Repertoire. Er ist auch öfter in parlamentarischen Debatten zu hören – und das unabhängig vom Thema. So wird seitens der zahnärztlichen Selbstverwaltung immer wieder auf die drohende bürokratische Überlastung der Zahnarztpraxen aufmerksam gemacht, die zunehmend die Versorgung, Fachkräftesicherung und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen gefährdet. 24 Stunden Behandlungszeit gingen in einer Durchschnittspraxis wöchentlich durch die obligate Bürokratie an Behandlungszeit verloren, allein Praxisinhaber verbringen laut BZÄK im Schnitt sechs Stunden pro Woche mit Dokumentation & Co.

Nimmt Warken nun das Heft des Handelns in die Hand? Mitte Juni bekundete sie zumindest bei ihrem Grußwort zur Jahrestagung des PKV-Verbandes in Berlin, „wir“ – und damit meinte sie wohl sich und die Mitarbeiter ihres Ministeriums – „werden Entbürokratisierung bei der Gesetzgebung mitbedenken“. Bürokratische Hürden im Versorgungsalltag waren auch eines der Schwerpunktthemen der 99. Gesundheitsministerkonferenz (GMK), die parallel dazu in Hannover stattfand, da Niedersachsen aktuell den GMK-Vorsitz innehat.

Andreas Philippi (SPD), amtierender niedersächsischer Gesundheitsminister und GMK-Chef, betonte, die Länder hätten sehr große Erwartungen an die sich im parlamentarischen Verfahren befindliche Gesundheitsreform, also das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (GKV-BStabG): „Ein Weiterso kann es nicht geben. Wir müssen das System von unnötigem Ballast befreien und Patientenströme besser steuern. Instrumente wie das Primärversorgungssystem oder Bürokratieabbau in Arztpraxen und der gesetzlichen Krankenversicherung bringen dabei für alle Entlastungen und sichern eine hochwertige Versorgungsqualität. Gleichwohl nehmen wir die Sorgen der Menschen vor Einsparungen im System und einer sozialen Ungerechtigkeit natürlich sehr ernst. Unser Ziel ist, dass die Menschen in diesem Land sicher und gut versorgt sind – und das überall."

Die Länder wurden ebenfalls Mitte Juni auch im Bundesrat im Zuge der Beratung von Warkens Spargesetz aktiv. In seiner mehr als 60 Seiten umfassenden Stellungnahme fordert der Bundesrat die Bundesregierung unter anderem auf, ergänzend zum BStabG „umgehend ein Gesetz zum Abbau bürokratischer Vorgaben im gesamten Gesundheitssektor, vor allem im Krankenhausbereich, auf den Weg zu bringen." Mit Blick speziell auf das Prüfgeschehen in Krankenhäusern, die aber pars pro toto für das ungebändigte Bürokratiemonster im deutschen Gesundheitswesen stehen können, watscht der Bundesrat Warken quasi ab. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum ein Bürokratieabbau im Gesundheitswesen gefordert wird, politisch hingegen zusätzliche Bürokratie geschaffen wird. Der vorliegende Gesetzentwurf lässt Kosteneinsparungen bei der GKV, die aus dem Abbau bürokratischer Hürden entstehen könnten, völlig unbeachtet", monieren die Länder in ihrer Stellungnahme. Zur Erinnerung: Das GKV-BstabG ist nicht zustimmungspflichtig, der Bundestag kann sich parlamentarisch über die Bedenken des Bundesrats hinwegsetzen.

Warken kann immerhin mit dem zu Beginn des Jahres in Kraft getretenen „Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege" behaupten, die Verschlankung der aufgeblähten Bürokratie in den anderen Versorgungsbereichen ebenfalls im Blick zu haben. Sollte sie nach einer Blaupause für den sinnvollen und zielgerichteten Bürokratieabbau im Kontext der zahnärztlichen Versorgung suchen, so kann sie auf den bereits vorliegenden Katalog mit Vorschlägen für weniger Dokumentation und mehr Zeit am Patienten zurückgreifen, den die Bundes-KZV zusammen mit der BZÄK nicht nur als Erkenntnis-, sondern auch als Handlungsleitfaden erstellt hat.

„Gute Rahmenbedingungen für die Zahnarztpraxen beinhalten auch eine schlanke Bürokratie. Dies ist unerlässlich, um das Netz der freiberuflichen Praxen nachhaltig zu stärken und so die zahnärztlichen Versorgungsstrukturen zukunftsfest zu machen. Denn die überbordende Bürokratie ist ein wesentlicher Grund dafür, dass immer mehr Zahnärztinnen und Zahnärzte überlegen, früher aus der Versorgung auszuscheiden. Gleichzeitig hält sie viele Niederlassungswillige von der Übernahme oder Gründung einer eigenen Praxis ab. Daher braucht es dringend einen politischen Gestaltungswillen für niederlassungsfreundliche Rahmenbedingungen sowie Unterstützung für die Anstrengungen der Selbstverwaltung", mahnt KZBV-Chef Martin Hendges.

Dr. Rüdiger Schott fühlt sich beim Thema Bürokratieabbau an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier" erinnert. „Die Politik verspricht in regelmäßigen Abständen einen echten Bürokratieabbau, macht aber das Gegenteil. Ein Beispiel dafür ist das Medizinregistergesetz, das viel Aufwand ohne erkennbaren Nutzen für die zahnmedizinische Versorgung verursacht." (Siehe hierzu auch die Seiten 6/7).

Matthias Wallenfels

Um auf das Problem „Bürokratiebelastung" hinzuweisen, schenkte die KZVB der bayerischen Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) 2025 ein Murmeltier. Jetzt wird auch auf Bundesebene darüber diskutiert, wie man die Praxen entlasten kann.